

5. Verteidigung vs. Befragung der Moderne?

Die Stellung radikaler Demokratietheorien zum theoretischen und gesellschaftlichen Projekt der Moderne ist zutiefst ambivalent. So finden sich bei einer Vielzahl an Theoretiker*innen grundlegende und weitreichende Kritiken am weitverbreiteten philosophischen Selbstverständnis der Moderne als eines universalistischen Projekts. Gleichzeitig erweist sich die in den 1980er und 1990er Jahren populäre Gegenüberstellung von Moderne und Postmoderne als eine unhaltbare Vereinfachung der komplizierten argumentativen Gemengelage. In kaum einer dieser Kritiken der Moderne findet sich nämlich ein Plädoyer dafür, die Moderne hinter sich zu lassen, insofern darunter die Anerkennung der Kontingenz und Pluralität gesellschaftlicher und politischer Ordnungen zu verstehen ist (vgl. Mouffe 2005). Stattdessen stellt es sich vielfach so dar, dass sogenannte postmoderne oder poststrukturalistische Kritiken Einwände gegen das universalistische Selbstverständnis der Moderne und die für es zentrale Kategorie des autonomen Subjekts formulieren, dabei aber selbst wiederum auf ein anderes, pluraleres Verständnis der Moderne zulaufen (vgl. Rorty 1992). So betrachtet würde es sich bei den verschiedenen Positionen des Diskurses radikaldemokratischen Denkens vielleicht eher um Beiträge zu einem Streit um ein angemessenes Verständnis der Moderne handeln – eine zentrale radikaldemokratische These wäre dann, dass universalistische Verständnisse der Moderne den Verlust von Gewissheiten und die Pluralisierung von Positionen schlicht nicht radikal genug zu denken bereit sind.

Schließlich darf auch nicht übersehen werden, dass die Platzanweisung, die mit der Gegenüberstellung von Moderne und Postmoderne insbesondere durch Verteidiger*innen der Position eines universalistischen Projekt der Moderne einhergeht, von vornherein deutlich polemische Züge aufweist, indem die Kritiker*innen moderner Universalismusansprüche zu Verächter*innen der Moderne stilisiert werden.

Exemplarisch sei hier nur auf die Sortierungsvorschläge verwiesen, die Jürgen Habermas in *Der philosophische Diskurs der Moderne* vornimmt. Dort werden die sogenannten postmodernen Ansätze unversehens in die Nähe zur konservativen Revolution gerückt, wodurch ihnen gleichsam ein antiemanzipatorischer Grundton unterstellt wird (vgl. Habermas 1988).

Die Frage, ob radikaldemokratische Positionen wesentlich als grundlegende Infragestellung des Projekts der Moderne oder als Verteidigung eines anderen Verständnisses der Moderne gefasst werden müssen, stellt sich aber nicht nur mit Blick auf den Konflikt zwischen ›modernen‹ und ›postmodernen‹ Ansätzen. Daneben hat sich eine kritische Befragung zentraler Kategorien der modernen politischen Theorie aus gendertheoretischen und postkolonialen Perspektiven entwickelt, die nicht, wie dies über lange Zeit der Fall war, als Randerscheinung abgetan werden kann, da sie augenscheinlich Grundfragen betrifft. Sowohl im Lichte feministischer als auch postkolonialer Argumente werden scharfe Kritiken am hegemonialen Charakter vermeintlich neutraler Kategorien politischen Denkens laut.¹ Chantal Mouffe hat im Lichte dieser Überlegungen aus radikaldemokratischer Perspektive die Rede von der modernen Demokratie, auch im Rückblick auf die Verwendung dieses Kompositums in ihren eigenen Schriften, einer deutlichen Kritik unterzogen: Die Semantik der Moderne erscheint nach Mouffes Auffassung deshalb problematisch, weil sie leicht den Eindruck erzeugen kann, dass eine »Überlegenheit der westlichen Moderne postuliert« (Mouffe 2015, 17) werde. Mouffe unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass es gerade für Linke wesentlich ist, »sich eines pluralistischen Ansatzes zu bedienen« (ebd.) und universalistische Verständnisse der Moderne zurückzuweisen.

Angesichts dieser komplexen Situation erscheint es am übersichtlichsten, nicht die abstrakte Frage danach, ob radikaldemokratische Ansätze insgesamt eher zur Verteidigung oder eher zur Befragung der Moderne neigen, zu diskutieren, sondern vielmehr zentrale konkrete Kritikpunkte zu erörtern, die zahlreiche Beiträge zum Diskurs radikaldemokratischen Denkens gegenüber dem klassisch-liberalen Verständnis

1 Diese Kritiken werden mittlerweile auch von Autor*innen aufgegriffen, die sich insgesamt eher einem habermasianisch-neukantianischen Verständnis der Moderne verpflichtet fühlen (vgl. etwa McCarthy 2015).

von Moderne und Aufklärung teilen. Dabei wird es zugleich auch darauf ankommen, einerseits nachzuzeichnen, inwiefern einige Stimmen innerhalb dieses kritischen Diskurses selbst für ein anderes Verständnis der Moderne streiten, und andererseits aber auch nicht zu unterschlagen, dass sich aufseiten der Verteidiger*innen eines universalistischen Verständnisses der Moderne durchaus auch Ansätze zu radikal-demokratischen Überlegungen finden und dabei zudem auch Gemeinsamkeiten zwischen universalismusskeptischen und universalistischen Positionen auftauchen können.

Fünf Kritiklinien oder Grundgedanken sind hier wesentlich: Erstens und hauptsächlich eine Kritik an universalistischen Lesarten der Moderne (1.), die zweitens mit der Kritik an der Vorstellung autonom entscheidungsfähiger Subjekte einhergeht (2.); drittens eine Kritik essentialistischer Gesellschaftskonzepte, an deren Stelle die Betonung der Kontingenz, Grundlosigkeit und Unabgeschlossenheit sozialer und politischer Ordnungen rückt (3.), die viertens mit einer Kritik der Fortschrittsidee einhergeht (4.); fünftens schließlich eine demokratiethoretisch entscheidende Konsequenz aus den ersten vier Grundgedanken, die in der Kritik an der in der normativen Demokratiethorie weitverbreiteten Vorstellung besteht, dass sich normative Referenzkategorien, also auch Modelle der Demokratie, begründen lassen (5.).

1. Kritik am Universalismus der Moderne

Zentrale Motivlinien der im radikaldemokratischen Diskursumfeld wichtigen Kritik am universalistischen Anspruch der Moderne stellen sich bereits bei kurzer Betrachtung als Radikalisierungen reflexiver Befragungsbewegungen dar, die für das aufklärerische Projekt der Moderne selbst wesentlich sind. Die Grundzüge dieser Konstellation lassen sich plastisch durch eine kurze Skizze zweier Pfade einfangen, die aus dem kritischen Diskurs der Aufklärung bis in die politische Philosophie der Gegenwart führen.

Bereits Immanuel Kants Aufklärungsphilosophie streicht mit dem Postulat einer rückhaltlosen und umfangreichen Kritik den wesentlich selbstreflexiven Charakter der Moderne heraus: Die Moderne ist so gesehen philosophisch, aber auch lebensweltlich als ein unabschließbares Projekt der steten kritischen Betrachtung und reflexiven Distanzierung ihrer eigenen Prämissen zu verstehen. Schon Kant selbst hat dabei die

Weichen für einen der beiden Wege gestellt, der in der Philosophie des 20. Jahrhunderts und der Gegenwart am entschiedensten von Jürgen Habermas eingeschlagen wurde. Der Fluchtpunkt dieses Weges besteht darin, dass diese Selbstreflexivität zwar mit einem Verlust der Gewissheit einhergeht, gleichzeitig aber in der reflexiven Kritik ein Verfahren zur Verfügung steht, das es der Moderne ermöglichen soll, ihre Normativität aus sich selber zu schöpfen (vgl. Habermas 1988, 16). Aus dieser Überlegung heraus entwickelt Habermas Anfang der 1990er Jahre eine Theorie der deliberativen Demokratie, die durchaus Anregungspotentiale für ein radikaldemokratisches Denken bietet, sich aber gegenüber vielen radikaldemokratischen Positionen dadurch auszeichnet, dass sie an der Vorstellung einer universalistischen, vernunfttheoretisch gestifteten Normativität festhält (vgl. Habermas 1994). Deren Möglichkeit ist nach Habermas' Überzeugung im Verfahren einer selbstreflexiven Prüfung von Gründen in deliberativen Prozessen angelegt, in die er Kants Intuition einer kritischen Selbstreflexion übersetzt. Postessentialistisch argumentieren sowohl bereits Kant als auch später Habermas insofern, als beide auf eine inhaltliche Bestimmung von Vernunftgehalten verzichten, sondern stattdessen auf Vernunft als kritisches Verfahren setzen. Während Kant dabei aus Habermas' Sicht einen monologischen Weg der Reflexion *in foro interno* wählt, entscheidet sich Habermas für die nach seiner Überzeugung überlegenere Variante einer intersubjektiven Modellierung der reflexiven Kritik. Habermas' intersubjektive Übersetzung der kantischen Intuition weist damit übrigens von vornherein eine demokratietheoretisch fruchtbare Dimension auf (vgl. Habermas 1994, Kap. III.III.). Beide suchen aber trotz der postessentialistischen Grundeinstellung eine universalistische Perspektive zu retten. Das stellt für Habermas deshalb keinen Widerspruch dar, weil er die Position vertritt, dass das Verfahren selbst eine normativ gehaltvolle Vernunftidee in sich birgt und bei allem Fallibilitätsverdacht an der Prozedur des Gründegebens und Gründenehmens als solcher festzuhalten ist (vgl. Habermas 1991, 194f.). Habermas entwirft daher einerseits eine in gewissem Sinne radikale Theorie der Demokratie, indem er demokratischen Verfahren allein schon aus epistemischen Gründen eine entscheidende Position zuweist. Andererseits sind der Radikalität der habermasschen Demokratietheorie aber durch die Fixierung auf die Begründung einer universellen Normativität von Verfahren von vornherein Grenzen gesetzt. Dies hat von der Warte des alternativen Pfades aus immer wieder zu deutlichen Kritiken an Habermas'

Vorschlägen geführt: Jacques Derrida hat diese Fixierung auf das rationalistisch-universalistische Argumentationsspiel des Gründegebens und Gründenehmens als illegitime Einschränkung des Fragenstellens zurückgewiesen (vgl. Derrida 2003, 15ff.). Jacques Rancière hat gegenüber den Habermas den Vorwurf erhoben, dass innerhalb seiner Konzeption die Situation der Sprecher*innen zueinander, vor allem aber deren Kampf um die Sprache nicht angemessen gedacht werden kann (vgl. Rancière 2002, 55ff.). James Tully wiederum hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Dissensmöglichkeit sich immer auch auf die Verfahrensbedingungen selbst im umfassenden Sinne beziehen können muss, was er bei Habermas nicht erfüllt sieht (vgl. Tully 2009, 126ff.).

Der Hinweis auf das unvermeidlich Überwuchernde und dessen kritischen Gehalt kennzeichnet insgesamt den anderen, den universalismusskeptischen Pfad, der aus dem Aufklärungsdiskurs hervorgeht. Exemplarisch ist hier Friedrich Nietzsches Radikalisierung des kantischen Aufklärungsgedankens, die selbst nicht auf eine Verabschiedung der Aufklärung, sondern auf eine Aufklärung über die Aufklärung zielt (vgl. Flügel-Martinsen 2011; 2024, Kap. 4). So gesehen lassen sich Nietzsche und die Folgen – viele für den Diskurs der radikalen Demokratie wichtige Autor*innen lassen sich von Nietzsche inspirieren, man denke nur an Michel Foucault (2001), Jacques Derrida (2000, Kap. 2 und 3) oder Judith Butler (2001, Kap. 2.) – weniger als eine Abkehr von der Moderne, sondern eher als ein Plädoyer für ein pluraleres Verständnis der Moderne auffassen. Nietzsches Perspektivismus (vgl. Nietzsche 1999, 12) weist die Option der Rettung einer universalen Perspektive durch den Aufklärungsdiskurs entschieden zurück, aber er trägt damit selbst zu diesem Diskurs bei: Als eine Aufklärung über die Residuen dogmatischen Glaubens, die auch den dann nur vermeintlich aufgeklärten Universalismus noch kennzeichnen (vgl. Nietzsche 1999, 35).

Während so dem universalistischen Verständnis der Moderne die Verteidigung einer universalistisch verfassten Normativität die einzig Gewähr bietende Absicherung demokratischer Prozeduren zu sein scheint, betonen universalismusskeptische Ansätze demgegenüber, dass Versuche, eine universalistische Position zu halten, nur um den Preis unternommen werden können, den radikaldemokratischen Streit um die Einrichtung der Welt von vornherein und in letzter Konsequenz gewaltsam einzudämmen. Wie Foucaults Auseinandersetzung mit Kant aber zeigt, lassen sich solche Überlegungen durchaus als Fortsetzung

des kantischen Projekts der Aufklärung verstehen (vgl. Foucault 2005). Dabei wird dann allerdings, wie es bei Foucault der Fall ist, die Dimension einer kritischen Befragung so konsequent betont, dass diese auch vor einem vermeintlichen Universalismus nicht halt macht.

2. Jenseits des autonomen Subjekts

Für die klassische politische Theorie der Moderne, darunter insbesondere für liberale Demokratietheorien, ist die Kategorie des autonomen Subjekts ein entscheidender Referenzpunkt: Wiederum bei Kant wird der spätestens schon seit John Locke (2007) für den liberalen Diskurs der Moderne wesentlichen Vorstellung, dass Subjekte die normativen Referenzpunkte politischen Denkens darstellen, die erforderliche philosophische Grundlegung gegeben. Kant stellt bekanntlich die subjektive Autonomie als Fähigkeit, sich selbst durch vernünftige Reflexion allgemeingültige Gesetze geben zu können, ins Zentrum seiner praktischen Philosophie (vgl. Kant 1974a). Demokratietheoretisch lässt sich diese Idee in das Konzept des autonomen und entscheidungsfähigen Staatsbürgersubjekts übersetzen, das in Kants Republikanismus eine tragende Rolle übernimmt (vgl. Kant 1974b, 432). Die beiden im vorangegangenen Abschnitt angesprochenen Pfade, die von Kants Aufklärungsdenken ihre unterschiedlichen Ausgänge nehmen, treffen sich allerdings beide in der Kritik dieser Vorstellung eines autonomen Subjekts.

Habermas' Vorstellung einer kommunikationstheoretischen Rettung des universellen normativen Standpunkts stützt sich ja gerade nicht auf autonome Subjekte, sondern versucht im Gegenteil, eine subjektlose Kommunikation als Quelle der rationalen Verständigung an deren Stelle zu setzen: Weil wir nicht auf die Prämisse autonomer Subjekte setzen können, so lautet sein zentrales Argument, sind wir darauf verwiesen, die Verfahrensbedingungen in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken (vgl. Habermas 1999, 291). Der begründungsskeptische Pfad ist hier allerdings abermals radikaler angelegt und unterzieht die Kategorie des autonomen Subjekts einer eingehenden Kritik, ohne dabei einfach von der Subjektposition zu abstrahieren und auf Verfahrensbedingungen abzustellen. Was in der Nachfolge Nietzsches über die Vermittlung Foucaults in radikaldemokratischen Überlegungen etwa bei Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (2012, 152–161), bei Iris Marion Young (vgl. 1990, 42–48) oder bei Judith Butler (2001, Kap. 3 und

4.) anstelle des autonomen Subjekts reflektiert wird, sind die Weisen, wie Subjekte in diskursiven Kontexten, die durch Machtbeziehungen geprägt sind, hervorgebracht werden. Die Kategorie des Subjekts kann, so argumentiert etwa Young, nicht den Ausgangspunkt sozialen und politischen Denkens bilden, da sie ja gerade erklärungsbedürftig ist (vgl. Young 1990, 45). Habermas' Verfahren des rationalen Gründeaustauschs sind dabei allerdings keineswegs jenseits dieser vermachteten Diskurse situiert, sondern sie bilden vielmehr selbst einen Kontext der Subjektivierung, deren Modalitäten einer kritischen Befragung zu unterziehen wären.

Führt diese Vorstellung einer Genese von Subjekten in machtbasierten Diskursen, über die sie nicht verfügen können, zur Preisgabe der zentralen modernen Vorstellung von Autonomie, die nicht nur für die individuelle, sondern auch für die politische Selbstbestimmung wesentlich ist? Insbesondere Judith Butler hat zahlreichen Schriften den Versuch unternommen, der widerständigen Performativität nachzuspüren, die emanzipatorische politische Aktivitäten auch dann noch ermöglicht, wenn wir die Idee eines autonomen Subjekts aufgegeben haben (Butler 2016, s.a. Flügel-Martinsen 2024, Kap. 13). Nach dieser Argumentation werden Subjekte eben nicht einfach durch Diskurse determiniert. Vielmehr ergeben sich gerade deshalb, weil Subjektivierungen sich durch Iterationen über einen langen Zeitraum vollziehen, immer wieder auf Möglichkeiten widerständiger Praktiken (vgl. Flügel-Martinsen 2017, Kap. 3.3.). Jenseits des autonomen Subjekts heißt deshalb noch lange nicht jenseits demokratischer Praxis.

3. Kontingenz von sozialer und politischer Ordnung

Wiederum lässt sich das Verhältnis von Moderne und radikaler Demokratie als eines der Steigerung rekonstruieren: Die Idee der Kontingenz sozialer und politischer Ordnungen lässt sich in gewisser Weise als Signatur der Moderne beschreiben, gleichzeitig schrecken viele moderne politische Theorien vor den Konsequenzen dieser Diagnose zurück, während viele radikale Demokratietheorien diese in das Zentrum ihrer theoretischen wie praktischen Bemühungen stellen. Wir haben bereits bei Habermas sehen können, dass dem philosophischen Diskurs der Moderne trotz der Diagnose eines Verlust der Gewissheit dennoch ein universelles Verfahren des argumentativen Austauschs abgerungen

werden soll, während radikaldemokratische Ansätze, die gegenüber universalistischen Bezugspunkten skeptisch sind, hier deutlich anders argumentieren. Besonders instruktiv für den engen, ja konstitutiven Zusammenhang zwischen moderner Kontingenzdiagnose und radikaler Demokratie ist Claude Leforts Argumentation, die hier deshalb exemplarisch skizziert werden kann. Lefort zufolge zeichnet sich die Moderne durch einen umfassenden Verlust der Gewissheit aus (vgl. Lefort 2007), der – und das ist das radikaldemokratisch entscheidende Argument – Demokratie deshalb aus epistemischen und normativen Gründen auf den Plan ruft, weil wir durch die damit einhergehende Kontingenzzwahrnehmung darauf verwiesen werden, die Gesellschaft, in der wir leben, als selbst instituierte Ordnung zu begreifen (vgl. Lefort/Gauchet 1990). Moderne Gesellschaften sind demnach Gesellschaften, die auf die Kontingenz ihres eigenen Seins verwiesen werden und sich durch die Kontingenzzwahrnehmung gedrängt sehen, sich auf das Abenteuer der Demokratie einzulassen (vgl. Lefort 1986, 220; vgl. Flügel-Martinsen 2024, Kap. 8). Die Metapher des Abenteurers zeigt auch bereits an, dass dieser Umgang mit der Kontingenz moderner Gesellschaften mit Risiken einhergeht und scheitern kann. Lefort diskutiert hier vor dem Hintergrund der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts vor allem die totalitären Versuche, Gewissheit und Einheit dort gewaltsam herzustellen, wo sich demokratische Gesellschaften mit Ungewissheit und Vielfalt konfrontiert sehen (vgl. Lefort 2007, 561). Autor*innen wie Chantal Mouffe und Jacques Rancière, die auf unterschiedliche Weise und teils in Auseinandersetzung mit Lefort selbst im Ausgangspunkt von Kontingenzdiagnosen radikaldemokratische Überlegungen entwickeln, haben zudem auch Phänomene einer neoliberal-hegemonialen Konsenssemantik (vgl. Mouffe 2007) bzw. einer mithilfe der Sprache wirtschaftlicher Notwendigkeiten operierenden Postdemokratie (Rancière 2002, 105ff.) in den Blick gerückt, die ebenfalls den demokratischen Streit um die Gestaltung gesellschaftlicher und politischer Ordnung stillzustellen suchen (vgl. Rancière 2018). Was diese radikaldemokratischen Positionen bei allen Unterschieden gemeinsam haben, ist, dass sie Demokratie im Ausgangspunkt einer Kontingenzdiagnose als einen Streit um die Gestaltung gesellschaftlicher Ordnungen ausbuchstabieren: Die Lebendigkeit des demokratischen Dissens und politischer Konflikte ist aus radikaldemokratischer Sicht daher wesentlich für die demokratische Weltgestaltung – zum Abenteuer wird dieses radikaldemokratische Projekt aber nicht nur deshalb, weil der Streit

beendet werden könnte, sondern auch, weil er gewaltsame Formen gegenseitiger Angriffe oder gar Vernichtungen annehmen kann, die die Bahnen der demokratischen Auseinandersetzung überschreiten. Die größte Herausforderung des demokratischen Abenteuers dürfte deshalb in der praktischen Aufgabe liegen, sich so in es einzuüben, dass die Einrichtung einer Praxis demokratischer Auseinandersetzungen gelingt, die weder Schluss mit der Demokratie macht, indem sie den Streit stillstellt, noch indem sie ihn in gewaltsame Formen entgrenzt.

4. Kritik des Fortschritts

Die dauerhafte Umstrittenheit der Einrichtung unserer Welt legt es aus radikaldemokratischer Sicht nahe, sich nicht in der Bequemlichkeit der Fortschrittssemantik einzurichten, die liberale Narrative nahelegen. Wenn man die Herausforderung der Kontingenzdiagnose ernst nimmt, dann bleibt Demokratie aus radikaldemokratischer Sicht eine unendliche Aufgabe (vgl. Heil/Hetzel 2006). Diese Einsicht ist nicht nur gegen neoliberal-postdemokratische Politiken zu richten, die ihre eigene Hegemonie als das Erreichen demokratischen Fortschritts zu präsentieren suchen, sondern auch gegen linke Politiken, die die Vorstellung nahelegen, gesellschaftliche Ordnung ließe sich rational reorganisieren. Deshalb unterziehen Laclau und Mouffe nicht nur neoliberale Konsenspolitiken einer kritischen Befragung, sondern richten auch an die Begrifflichkeiten linker Bewegungen eine eingehende Kritik: In *Hegemonie und radikale Demokratie* verwerfen Laclau und Mouffe so den Begriff der Revolution, der selbst auf einer Fortschrittsidee basiere, die die Möglichkeit planmäßigen, rationalen Organisation von Gesellschaft nahelege (vgl. Laclau/Mouffe 2012, 220f.); und in *Emancipation(s)* pluralisiert Laclau die Vorstellung emanzipatorischer Politik so weit, dass der Begriff der Emanzipation im Singular nicht länger haltbar erscheint (vgl. Laclau 2007). Ähnliche Überlegungen leiten auch Rancières Kritik des Marxismus als einer Metapolitik an, die über die Sphäre der Politik letztlich hinauszugelangen sucht (Rancière 2002, 93ff.).

In keinem dieser Fälle wird darauf gezielt, emanzipatorische Bemühungen hinter sich zu lassen. Im Gegenteil dient die Kritik solcher auf unterschiedliche Weise von Fortschrittsvorstellungen zehrenden Überlegungen dazu, eine radikaldemokratische Praxis zu eröffnen, in der emanzipatorische Bemühungen stets aufs Neue und immer wieder

auf unterschiedliche und unvorhersehbare Weise artikuliert werden können. Wenn die Dauerhaftigkeit von Kontingenz an die Stelle der einfachen Idee des Fortschritts gerückt wird, dann geht es, wie schon bei der Kritik der modernen Verteidigung des Universalismus, letztlich darum, der Pluralisierung gesellschaftlicher Gruppen und Kämpfe Rechnung zu tragen und in die demokratische Praxis die Möglichkeit einzutragen, immer wieder neuen Formen von Einwänden gegenüber etablierten Verfahren und Normen Raum zu eröffnen. Derrida verdanken wir in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass gerade nicht stillzustellende dekonstruktive Befragungen am »emanzipatorische[n] Ideal« (Derrida 1991, 58) festhalten – allerdings ohne einen emanzipierten Zustand für möglich zu halten, der nicht Gegenstand erneuter Infragestellungen werden könnte.

Mit dem Stichwort der Pluralisierung wird zudem auch eine problematische Seite der Fortschrittsidee sichtbar, die schon durch Mouffes skeptischem Blick auf die Verwendung des Begriffs »modern« deutlich wurde: Mit der Fortschrittssemantik ist nämlich stets die Gefahr verbunden, so etwas wie »die rationale und moralische Überlegenheit der westlichen Moderne« (Mouffe 2015, 17) zu suggerieren (vgl. auch Allen 2016).

5. Jenseits der Begründung von Demokratiemodellen

Die bisherigen Kritiklinien lassen sich fluchtpunktartig zu einer radikaldemokratischen Kritik an Versuchen einer Begründung von Modellen der Demokratie zusammenführen. Die schon verschiedentlich angesprochene und von unterschiedlichen Autor*innen radikaldemokratischen Denkens postulierte Praxis eines unendlichen demokratischen Streits um die Gestaltung von Welt impliziert eine entschiedene Absage an konzeptionelle Fixierungen. Wenn Étienne Balibar unterstreicht, dass die »Kraft zur Anarchie oder zum Aufstand« (Balibar 2012, 243) Teil der demokratischen Staatsbürgerschaft sei oder wenn Jacques Rancière hervorhebt, dass die Demokratie keine Staatsform sei, sondern eine »öffentliche Aktivität [...], die der Tendenz jeden Staates [entgegenwirkt], die gemeinsame Sphäre zu beanspruchen und zu entpolitisieren« (Rancière 2011, 87), dann zielen diese Überlegungen auf eine Vorstellung radikaldemokratischer Praxis, die sich ebenso der institutionellen wie auch der konzeptionellen Fixierung entzieht: Das radikaldemo-

kratische Postulat, dass Demokratie eine unendliche Aufgabe ist, verweist auf eine grundlegende Kritik an allen Versuchen, Modelle von Demokratie zu begründen. Es ist deshalb kein Zufall, dass sich bei radikal-demokratischen Autor*innen immer wieder Forderungen finden, die Perspektive der politischen Philosophie und Theorie so zu reformulieren, dass sie eine demokratische Praxis eröffnen, statt ihr einen konzeptionellen Rahmen vorzeichnen zu wollen (vgl. Rancière 2002, 13; hierzu insg. Lefort 1986).

Literatur

- Allen, Amy 2016, *The End of Progress*, New York.
- Balibar, Étienne 2012, Widerstand, Aufstand, Ungehorsam, in: ders., *Gleichfreiheit*, Berlin, 225–253.
- Butler, Judith 2001, *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung*, Frankfurt a.M.
- Butler, Judith 2016, *Anmerkungen zu einer Theorie der performativen Versammlung*, Berlin.
- Derrida, Jacques 1991, *Gesetzeskraft. Der ›mystische Grund der Autorität‹*, Frankfurt a.M.
- Derrida, Jacques 2000, *Politik der Freundschaft*, Frankfurt a.M.
- Derrida, Jacques 2003, *Einsprachigkeit*, München.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2011, *Jenseits von Glauben und Wissen. Philosophischer Versuch über das Leben in der Moderne*. Bielefeld.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2017, *Befragungen des Politischen*, Wiesbaden.
- Flügel-Martinsen, Oliver 2024, *Plurale Kritik*, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel 2001, Nietzsche, die Genealogie, die Historie, in: ders., *Dits et Écrits. Schriften, Band 2*, Frankfurt a.M., 166–191.
- Foucault, Michel 2005, Was ist Aufklärung?, in: ders., *Dits et Écrits. Schriften, Band 4*, Frankfurt a.M., 687–707.
- Habermas, Jürgen 1988, *Der philosophische Diskurs der Moderne*, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen 1991, *Erläuterungen zur Diskursethik*, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen 1994, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen 1999, Drei normative Modelle der Demokratie, in: ders., *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt a.M., 277–292.

- Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hg.) 2006, *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie*, Bielefeld.
- Kant, Immanuel 1974a, Kritik der praktischen Vernunft, in: ders., *Werkausgabe, Band VII*, Frankfurt a.M., 107–308.
- Kant, Immanuel 1974b, Metaphysik der Sitten, in: ders., *Werkausgabe, Band VIII*, Frankfurt a.M., 309–634.
- Laclau, Ernesto 2007, *Emancipation(s)*, London.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 2012, *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien.
- Lefort, Claude 1986, Réversibilité: liberté politique et liberté de l'individu, in: ders., *Essais sur le politique*, Paris, 215–236.
- Lefort, Claude 2007, La dissolution des repères et l'enjeu démocratique, in: ders., *Le temps présent. Écrits 1945–2005*, Paris, 551–568.
- Lefort, Claude/Gauchet, Marcel 1990, Über die Demokratie: Das Politische und die Institutionierung des Gesellschaftlichen, in: Ulrich Rödl (Hg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a.M., 89–122.
- Locke, John 2007, *Zweite Abhandlung über die Regierung*, Frankfurt a.M.
- McCarthy, Thomas 2015, *Rassismus, Imperialismus und die Idee menschlicher Entwicklung*, Berlin.
- Mouffe, Chantal 2005, Radical Democracy: Modern or Postmodern?, in: dies., *The Return of the Political*, London, 9–22.
- Mouffe, Chantal 2007, *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt a.M.
- Mouffe, Chantal 2015, *Agonistik. Die Welt politisch denken*, Berlin.
- Nietzsche, Friedrich 1999, Jenseits von Gut und Böse, in: ders., *Kritische Studienausgabe, Band 5*, München/Berlin/New York, 9–243.
- Rancière, Jacques 2002, *Das Unvernehmen. Philosophie und Politik*, Frankfurt a.M.
- Rancière, Jacques 2011, *Der Hass der Demokratie*, Berlin.
- Rancière, Jacques 2018, *Les temps modernes. Art, temps, politique*, Paris.
- Rorty, Richard 1992, *Kontingenz, Ironie und Solidarität*, Frankfurt a.M.
- Tully, James 2009, Die Unfreiheit der Modernen verglichen mit ihren Idealen der konstitutionellen Demokratie, in: ders., *Politische Philosophie als kritische Praxis*, Frankfurt a.M., 107–147.
- Young, Iris Marion 1990, *Justice and the Politics of Difference*, Princeton, NJ.